

POLITIK

TOBIAS BAYER

ST. MORITZ

Hier hat er gefeiert. Im schicken „Dracula-Club“. Hier hat er die Goldbörse geöffnet. Für den finanziell stets klammen Bobclub. Gunter Sachs, Millionenerbe aus Schweinfurt, Fotograf, Playboy, Eroberer von Frankreichs Sexsymbol Brigitte Bardot, liebte St. Moritz. Und die Stadt liebte ihn. Sachs ist es mit zu verdanken, dass der Skiort in Graubünden zum Magnet für den Jetset und zum „Festsaal der Reichen“ wurde, wie es ein schweizerisches Boulevardblatt einmal ausdrückte. Aber die Zeiten Sachs' sind vorbei. Heute erinnert an den im Mai 2011 verstorbenen Lebemann noch ein Schild. Der Platz vor dem Bobclub heißt „Plazza Gunter Sachs“. Ansonsten ist von dem Überschwang, dem Stil und dem Glamour der Sachs-Epoche nicht mehr viel zu spüren. Im November ist der Himmel über St. Moritz wolkenverhangen, die Hauptstraße ist verwaist, die Boutiquen von Valentino, Brunello Cucinelli und Louis Vuitton sind verriegelt. Zwischensaison, wenn man es höflich ausdrückt. Tote Hose, wenn man gemein sein will.

Sein 150-jähriges Jubiläum als Wintersportort feiert St. Moritz dieses Jahr. Doch hinter den Türen ergeht man sich in düsteren Vorahnungen. „Jetzt geht's ans Ersparte. Jetzt geht's ans Fleisch“, sagt Gemeindepräsident Sigi Aspiron. „Das ist sehr schlimm. Für die ganze Schweiz ein riesengroßer Imageverlust“, sagt Leandro Testa, ein Immobilienentwickler. „Meine Kunden fragen mich ‚Was ist denn da los bei euch? Spinnt ihr auf einmal?‘“, sagt Reto Mathis, ein Gourmetkoch. Das Erfolgsmodell Schweiz gerät ins Wanken. Das liberale, so sichere Land scheint politisch nach links gerückt zu sein. Es diskutiert Themen, die eher nach Karl Marx als nach Johannes Calvin klingen. Top-Manager werden als „Abzocker“ gebrandmarkt. Spitzgehälter sollen auf das Zwölfwache des Durchschnittsverdienstes beschränkt werden. Mindestlöhne von 4000 Franken (3326 Euro) sollen garantiert werden. Eine Vermögenssteuer soll den Reichen nehmen und den Armen geben.

Über drei Volksinitiativen stimmen die Schweizer am morgigen Sonntag ab. Die Goldinitiative will der Notenbank vorschreiben, die Goldreserven auf 20 Prozent ihrer Aktiva aufzustocken. Die Ecopop-Initiative will die Zuwanderung auf 0,2 Prozent der Wohnbevölkerung begrenzen. Und die Initiative zur Pauschalbesteuerung will Steuervorteile für vermögende Ausländer abschaffen. Drei Initiativen, drei Gefahren für den Wohlstand. Von der Eidgenossenschaft zur Volksrepublik Schweiz? Die Schweiz bangt. Und das lässt sich in St. Moritz gut beobachten. Der Skiort ist eine Miniatur des Landes. Er ist teuer wie eine Armbanduhr von Patek Philippe. Er ist exklusiv wie eine Genfer Privatbank. Er steht für Genuss wie eine Lindt-Schokolade. Und seine Verwaltung ist für die meist wohlhabenden Bewohner und Gäste zuvorkommend und präzise wie die Schweizer Eisenbahn. Vor allem die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ist ein Risiko für St. Moritz. Zwar sieht es laut aktuellen Umfragen danach aus, dass die Idee wie auch die anderen beiden Volksinitiativen keine Mehrheit findet. Dennoch dürften die Steuerbegünstigten über das wochenlange Tamtam in der Öffentlichkeit irritiert und verunsichert sein.

Seit dem Jahr 1862, als der Kanton Waadt damit anfing, können reiche Ausländer, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, dort aber nicht arbeiten, nach ihren Ausgaben besteuert werden. Statt also mühsam das Einkommen zu bestimmen, wird darauf geschaut, wie

viel für die Villa, für den Fuhrpark und für das Gestüt bezahlt wird. Ein Prozentsatz dieser Summe ist dann die Steuerschuld. Der Vorteil des Verfahrens: Es ist schnell, unbürokratisch und meistens auch ganz günstig. Ende 2012 kamen 5634 Personen in den Genuss dieses Privilegs. Sie überwiesen insgesamt 695 Millionen Franken (578 Millionen Euro) an Gemeinden, Kantone und den Bund in Bern. Illustre Namen finden sich darunter. Formel-1-Chef Bernie Ecclestone, der russische Oligarch Wiktor Wexselberg und Ikea-Gründer Ingvar Kamrad. Besonders strukturschwache Kantone wie Graubünden, die Waadt, das Wallis und das Tessin locken mit dem Steuerleckerli.

Viele Schweizer ärgert das. Sie halten das für ungerecht und für einen Kniefall vor den Reichen. Flurina und Peider Bezzola aus Pontresina gehören dazu. Flurina arbeitet als Friseurin, jetzt studiert sie. Ihr Vater Peider ist seit 30 Jahren Hausarzt. Flurina engagiert sich bei den Sozialisten. Peider gehört keiner Partei an, steht aber politisch links. Vater und Tochter verbindet ein Argwohn gegenüber einer allzu durchökonomisierten, allzu effizienten, allzu kapitalfixierten Schweiz. Flurina beklagt die wachsenden Unterschiede zwischen Arm und Reich. Lohndumping sei weit verbreitet. Der durchschnittliche Schweizer sei „arbeitsam, fleißig und gut ausgebildet“. Und trotzdem würde der Reallohn nicht steigen. „Wenn die Firmen immer mehr Umsätze machen, die Boni immer höher werden, und die Wirtschaft wächst, aber der Normalbürger immer weniger im Portemonnaie



Zittern im Festsaal der Reichen

Am Sonntag stimmen die Schweizer auch über die Abschaffung von Steuerprivilegien für vermögende Ausländer ab. Im Nobelort St. Moritz geht deswegen die Angst um



Werden die Reichen Sankt Moritz in Zukunft meiden? Zuschauerin beim Eisrennen der Pferde in Sankt Moritz

hat, dann stimmt etwas nicht“, sagt Flurina. Sie und ihr Vater sind gegen die Pauschalbesteuerung. Doch wenn die kippt, verabschieden sich dann die Reichen? Nach London, Monte Carlo, Singapur? Abwegig ist das nicht. Erfahrungswerte gibt es. Fünf Schweizer Kantone haben die Pauschalbesteuerung abgeschafft, darunter Zürich. Rund die Hälfte der vermögenden Personen sagten der Goldküste am Zürichsee daraufhin Lebewohl.

St. Moritz' Gemeindepräsident Aspiron ist derart besorgt, dass er 50.000 Franken (41.500 Euro) in die Hand genommen hat, um die nationale Anti-Abschaffungskampagne zu unterstützen. Sein Büro im Rathaus ist zweckmäßig. Viel Holz, kein Schnickschnack. Aspiron, ein kleiner, untersetzter Mann, arbeitet im Stehen. Mit durchgedrücktem Rücken tippt er hinter einem Stehpult, er arbeitet am Haushalt für das kommende Jahr. Mit einer Verspätung von einer Minute beginnt das Gespräch. Aspiron schaut ernst drein. Man mag es kaum glauben: Die Reichen-Enklave St. Moritz darbt. „Wer St. Moritz hört, der denkt an High Society und viel Geld“, sagt Aspiron. „Was es aber kostet, dass die Reichen überhaupt herkommen, wird nie diskutiert.“ Der 5700-Einwohnerort muss Busse, Bahnen, Straßen, Lifte und dementsprechend Energie für bis zu 25.000 Menschen vorhalten. Das schlägt ins Kontor. 2,5 Millionen Franken beträgt das Defizit dieses Jahres. Für 2015 sind sogar 6,5 Millionen Franken Miese avisiert. „Die goldenen Jahre, das Jammern auf hohem Niveau, das ist vorbei“, sagt Aspiron.

Sollten die pauschal Besteuernten ihre Koffer packen, würde das Loch in Aspiron's Kasse noch größer. Rund 105 Personen sind in St. Moritz pauschal besteuert. Sie überweisen jährlich rund sechs Millionen Franken an die Stadtkasse. Das entspreche rund einem Drittel des Steueraufkommens der natürlichen Personen, sagt Aspiron. Wenn die Hälfte geht, muss Aspiron unangenehm werden. Schon jetzt mutet er den Bürgern Ungewohntes zu. Er erhöht die Steuern, um zehn Prozent. Doch es geht nicht nur um Steuern. Es geht auch um Investitionen. Ganz wichtig für St. Moritz und die umliegenden Orte ist die griechische Reederfamilie Niarchos. Ihr gehören die Luxushotels „Kulm“ und „Kronenhof“. Außerdem sind sie Großaktionär der Corvatsch-Bergbahn. Der im Jahr 1996 verstorbene Patriarch Stavros Niarchos kam bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ins Engadin. Er war ein begeisterter Skifahrer, der steile Abfahrten liebte und der Bergbahn aus Verbundenheit zur Region aus der Klemme half.

Seine Nachkommen sind der Gegend treu geblieben und wohnen in der Nähe. Die Information, dass sie pauschal besteuert werden, wird auf Anfrage nicht dementiert. Werden sie wegziehen, selbst wenn die Volksinitiative wie erwartet abgelehnt wird? Eben weil sie über die vielen abfälligen Kommentare über „Multimillionäre“ und den „Bückling vor dem Geldadel“ verstimmt sind? Das sind Fragen, die viele in St. Moritz umtreiben. Ein paar Schritte vom Rathaus entfernt hat Immobilienentwickler Testa sein Büro, ein „One-Stop-Shop“:

Für Vermögende sucht er ein Grundstück, baut das Anwesen, kümmert sich um die Inneneinrichtung und regelt das Juristische. „Wie ein Generalunternehmer“, sagt Testa. Zehn Mitarbeiter beschäftigt er selbst, Hunderte Spezialisten umfasst sein Netzwerk.

Testas Familie stammt aus dem norditalienischen Bergamo. Seit vier Generationen ist sie in St. Moritz. „Ich bin St. Moritzer. Und ich gehe hier auch nicht weg“, sagt Testa. Die pauschal Besteuernten vielleicht schon. Vier von ihnen sind Testas Kunden. Wichtige Kunden, wie er unterstreicht.

Sie kaufen Häuser und Beteiligungen. Sie sind auch wichtige Mäzene. Testas Frau organisiert Kunstausstellungen in den Sommermonaten. Ohne Spenden wäre das nicht möglich. Seit über das Steuerprivileg diskutiert wird, tut sich Testa mit der Kundenakquise schwer: „Es gibt Anfragen. Doch die sind alle unter Vorbehalt.“ Wie das Votum auch immer ausgehe, die Schweiz sende da ein ganz falsches Signal mit ihren Volksinitiativen, sagt Testa. „Erst haben wir gesagt: ‚Ihr seid uns willkommen.‘ Jetzt geben wir denen einen Tritt in den Hintern.“ Der Schweiz sei ihr eigener Erfolg unheimlich. „Wir wollen jetzt verarmen. Wir wollen, dass es uns schlechter geht.“

Weniger Reiche, das hieße auch weniger Champagner, Kaviar und Trüffel. Davon lebt Mathis. Er ist ein Star der schweizerischen Gastronomie, berühmt für seine Trüffelpizza. Sein Vater übernahm im Jahr 1967 das „Corviglia“-Bergrestaurant auf 2500 Meter Höhe. Statt Linsensuppe mit Spätzle fing Mathis Senior damit an, Filets, Rauchlachs, Hummer und Gänseleber zu servieren. „Du gehst bankrott“, spottete man im Tal. Doch statt des Insolvenzverwalters tauchte im Speisesaal Reza Pahlavi auf, der Schah von Persien. Reto Mathis ist seit Anfang der 90er-Jahre am Ruder. Er hat fleißig expandiert und rund um das „Corviglia“ ein florierendes Unternehmen aufgebaut. Im vergangenen Winter hat er die Brasserie „Cascade“ im Zentrum von St. Moritz übernommen. Mathis steht im schummrigen Licht am Tresen in der „Cascade“-Polobar. Er hat eine dicke Zigarre im Mund und schenkt sich und seinem Gast einen kühlen Weißwein ein. Wenn er auf seinen Heimatort zu sprechen kommt, gerät Mathis ins Schwärmen. „St. Moritz als Produkt und Marke ist unschlagbar. Ich bin nach wie vor überzeugt von der Marke“, sagt er. Ein bisschen Skepsis über die Zukunft schwingt in der Stimme aber mit. Einige Hotels und Bars hätten aufgegeben und Zweitwohnen Platz gemacht. Der Ort sei nicht mehr so lebhaft wie früher. „Wir müssen St. Moritz begehrlischer und sexier machen. Wir müssen die nächste Generationen darauf vorbereiten. Das haben wir vernachlässigt“, sagt Mathis.

Die Volksinitiative zur Pauschalbesteuerung regt ihn auf. „Wir leben hier zu 100 Prozent vom Tourismus, Industrie gibt es nicht. Solche Geschichten wie die Volksinitiative sind fatal.“ Es gehe um die gesamte Nahrungskette. „Wenn keiner mehr kommt, dann gibt's auch keine Arbeit, keine Stellen. Dann werden die Schulen kleiner“, sagt Mathis. „Alles schrumpft.“ Er lässt den Blick über den leeren Raum und das Parkett schweifen. Ab Dezember geht es los. Dann beginnt die erste volle Hauptsaison für das „Cascade“. Mit oder ohne Pauschalbesteuerung. Mathis sagt: „Hier wird natürlich im Winter getanz. Volle Kanne.“ Gunter Sachs hätte sich wohl gefühlt.

ANZEIGE

Deutsche Asset & Wealth Management

Dieser Offene Immobilienfonds passt in keine Schublade.

grundbesitz Fokus Deutschland macht den Unterschied. Fragen Sie Ihren Berater nach diesem neuen Fonds.

Leistung aus Leidenschaft

» www.realestate.deutscheawm.com

Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei RREEF Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main, Mainzer Landstr. 178-190. Laufende Kosten (p.a.): 1,1%. Bis zum Ablauf des Jahres 2019 ist eine Rückgabe von Fondsanteilen nur mit einem Rücknahmeabschlag von 2% von dem jeweiligen Fondsanteilwert möglich. Dieser Fonds ist daher unter Umständen für Anleger nicht geeignet, die ihr Geld innerhalb eines Zeitraums von weniger als fünf Jahren aus dem Fonds wieder zurückziehen wollen.